

Verantwortlicher Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Nachen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: A. Hoff, Haasenstein & Vogler, G. B. Daube,
 Invalidenten, Berlin Bernh. Arndt, Mar. Gerstmann,
 Eberhard W. Thiemens, Greifswald G. Altes, Halle a. S.
 Jul. Bock & Co., Hamburg Joh. Neumann, A. Steiner,
 William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 Gebr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Demission des französischen Ministeriums.

Die französische Deputiertenkammer hatte gestern wieder eine überaus stürmische Sitzung, welche nicht nur die Abgeordneten, sondern auch das Publikum schon vorher in größte Aufregung versetzte. Vor dem Palais Bourbon fand die Menschenmenge dicht gedrängt, in den Gängen des Palais herrschte aufgeregte Stimmung, die zeitweise so hoch ging, daß geflüstert wurde, die Parteien würden handgemein. Was die Sitzung betrifft, so entnehmen wir einem ausführlichen Telegramm der „Voss. Ztg.“, daß gleich nach Eröffnung Bourgeois vor überfülltem Saale folgende Erklärung vorlas: „Meine Herren! Am 2. April hat die Kammer mit 309 gegen 213 Stimmen meinem Kabinett den Ausdruck ihres Vertrauens erneuert. In demselben Tage bewilligte sie mit 442 Stimmen gegen 30 die Forderungen für die Madagaskartruppen. (Wühende Rufe auf der äußersten Linken: „Nieder mit dem Senat!“) Schreie rechts: „Still da, Aufrührer!“) Tammt. Vorsitzender Brissou: „Ich will nicht gehört haben, was Sie einander zurufen. Bourgeois fortfahrend: Vorgelesen wurde die Erklärung der Regierung die Erörterung derlei Kreditverträge und erklärte ihre Bewilligung zu versagen, bis ein anderes Kabinett vor ihm erscheinen würde. Wir mußten sofort prüfen, welche Pflichten uns dieser schroffe Gegenstand beider Kammern auferlegte. Der Senatsbeschluß gellottete uns nicht, noch dem 30. April die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs auf Madagaskar gefolgt zu sichern. (Paulin Merly: „Hätten Sie es ungelegentlich getan!“) (Lärm.) Bourgeois: „Aus welchen Beweggründen auch der Senat seinen Beschluß gefaßt haben mag, wir haben gedacht: die Vaterlandsbedenken uns, alles der Landeswürde und Sicherheit unterzuordnen: keine noch so wichtige Rücksicht der inneren Politik konnte diese Rücksicht aufwiegen. Wir beschloßen also, den Platz einem anderen Kabinett abzutreten, damit die Bedürfnisse unserer Truppen keinen einzigen Tag notliden. — Aber wir haben deshalb nicht vergessen, daß wir gegen die Kammer und das republikanische Land noch andere Pflichten zu erfüllen haben. Die Kammer hat uns häufig glänzende Vertrauensbeweise gegeben. (Rufe auf der äußersten Linken: „Es war der Mühe werth!“) Bourgeois: „Mein Kabinett nimmt die Regierungsbank durch den Willen der Mehrheit der vom allgemeinen Stimmrecht unmittelbar gewählten Volksvertreter ein. Wir hielten es für unmöglich, unser Entlassungsgesuch dem Präsidenten der Republik zu überreichen, ehe wir Ihnen von den vaterländischen Beweggründen unseres Entschlusses Rechenschaft gegeben (Rufe im Zentrum: „Soho! Däbelsaffen außer! links) und versichert haben, daß keine andere Ermüdung uns zum Aufgeben des Postens hätte bestimmen können, auf dem Ihr Vertrauen uns bisher kräftig erhalten hat. Wir lassen die falsche Deutung nicht zu, daß wir auch nur einen Augenblick die Lehre der besten Republikaner, Gambettas und Jules Ferrys, aufgeben, wonach der Kammer allein die allgemeine Leitung und Bestimmung der Politik und die Macht, Kabinette zu machen und zu stützen, zusteht. Wir haben diese Lehre bisher mit offener Zustimmung der Kammer bekräftigt, indem wir blieben. Wir glauben sie dem Wortlaut und Geist der Verfassung angemessen, die in unserer Demokratie keine andere Souveränität kennt als die des allgemeinen Stimmrechts. Weil wir diese Lehre in Wort und That betonen, hat man uns angeklagt, nicht länger ein verfassungsmäßiges Ministerium zu sein. Darauf haben wir nur eine Antwort: lieber eine derartige Anklage zu befechten, als eine einzelne Kammer, sondern einzig der Kongress das Recht, dem die Auslegung der Verfassung zusteht. Wir haben das Grundgesetz wie alle anderen Gesetze streng geachtet und verlassen lieber die Macht, als daß wir die kleinste Regelwidrigkeit begehen, selbst um die Landesverteidigung zu sichern. Dies mußten wir Ihnen erklären, ehe wir die Gewalt verließen, ohne das Vertrauen, das Sie uns seit fünf Monaten bezeugen, eingebüßt zu haben. Wir drücken gleichzeitig die Hoffnung aus, daß die Fortschrittspartei, die uns gegen die nahezu täglichen Angriffe unterstützt hat, durch unseren Rücktritt sich nicht entthutigen läßt; die Menschen gehen, die Gedanken, wenn sie gerecht sind, bleiben und fliegen. Wir waren in diesen fünf Monaten bemüht, der französischen Demokratie ihre natürliche Richtung, den Republikanern Selbstvertrauen und Glauben an die Gewalt ihrer Gedanken, allen Bürgern die gesunde Lebensart der wahren politischen Kämpfe zu geben. Wir wollten aus der Republik das Werkzeug sittlicher und wirtschaftlicher Fortschritte, das dauernde Mittel zur Verminderung der Ungleichheit der Einkünfte und zur Vermehrung der Brüderlichkeit unter den Menschen machen. Die Kammer hat nicht aufgehört uns zuzustimmen und zu unterstützen; wir erwarten vertrauensvoll die Stunde, wo das Land über uns sein Endurtheil fällen wird.“ (Händeklatschen links.) Alle Minister verlassen den Saal. Die Sozialisten murrten. Das Zentrum und die Rechte rufen ihnen höfliche Abschiedsworte nach. Ricard beantragte folgende Tagesordnung: „Die Kammer erklärt, daß die Gewählten des allgemeinen Stimmrechts das Übergewicht haben müssen.“ (Rufe auf der äußersten Linken: „Nieder mit dem Senat!“) Goblet: Der Senat stimmt sich gegen die wichtigsten Neuerungen, wir lassen uns aber nicht das Recht nehmen, allein über das Geschick der Kabinette zu entscheiden. Dieses Recht aufzugeben hieße die Republik verrathen. Ich beantrage folgende Tagesordnung: „Die Kammer erklärt, daß sie nur ein Ministerium unterstützen wird, das die nötigen Neuerungen verteidigen und die Rechte des allgemeinen Stimmrechts hochhalten wird.“ Maurice Lemon: So wichtige Fragen könnten in Abwesenheit einer Regierung nicht entschieden werden, er beantrage Vertagung der Beratung, da das Ministerium seine Entlassung gegeben habe. (Große Unruhe.) Jaures bekämpft die Vertagung. Wenn der Senat frei heranscheidet, was er will, so darf die Kammer nicht nicht tadeln lassen. Die Kammer lehnt soeben Lemon's Vertagungsantrag mit 283 Stimmen gegen 268 ab und nimmt die von Goblet vorgelegene Tagesordnung in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit an. Aus der

Kammer gingen die Minister ins Elysee und überreichten das Abdankungsgesuch, das Faure sofort bewilligte.

Präsident Faure wird morgen die Beratungen zur Bildung des neuen Ministeriums aufnehmen. In den Kammergängen herrscht die Aussicht vor, Präsident Faure müsse in Folge des Kammervotums zu einem radikalen Kabinett greifen; eine Kombination Puyral-Gratien wird mehrfach für wahrscheinlich bezeichnet.

Deutschland.

Berlin, 24. April. Wie aus Dresden gemeldet wird, führte bei der gestrigen Parade, welche glänzend verlief, der Kaiser dem Könige Albert zweimal sein Grenadier-Regiment vor. Der Erzherzog Otto fotografierte das Garde-Reiterregiment. Die Königin und die Prinzessinnen wohnten der Parade vom Wagen aus bei. Bei der Ankunft auf dem Paradeplatz und bei dem Verlassen desselben wurden die hohen Herrschaften von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Die Prinzen waren bei ihren Truppenteilen eingetreten. Um 6 Uhr fand in der Villa Strehlen Familienfest statt, an welcher der Kaiser und der König und die Mitglieder der königlichen Familie sowie der Erzherzog Otto theilnahmen.

Im Auftrage des Kaisers hat sich der Jäger-Adjutant Oberst Graf Moltke, Kommandeur des Kaiser-Regiments Großer Kurfürst (schles.) Nr. 1, nach Krefeld begeben, um heute einen großen Lorbeerbaum mit weißer Alabasterleiste und mit den Initialen des Kaiserpaars in Goldbrun auf den Sturz des Felsmarstalls niederzuliegen.

Kaiser Wilhelm wird die Millemusausstellung in Pest besuchen. Der Besuch wird stattfinden, nachdem der Monarch Ende August als Gast des Erzherzogs Friedrich von Österreich an den Fürstentagen bei Velle, der Befestigung des Westens, theilgenommen. Es wird das erste Mal sein, daß Kaiser Wilhelm in der Hauptstadt Ungarns erscheint.

Fürst Ferdinand von Bulgarien, der am Donnerstag dem Kaiser Wilhelm in Potsdam seinen Besuch abstatte, wird, wie verlautet, auf Einladung des Kaisers der Eröffnung der Berliner Gewerbeausstellung beizuwohnen.

Gegen die Vermuthung, daß der Rücktritt des Generalleutnants von Spitz aus seiner Stellung als Chef des Invalidenwesens im Kriegsministerium mit einer Verumpfung der Reform des Militärstrafverfahrens im Zusammenhang stehe, und daß die Vererbung des Oberleutnants Fied aus der, diesem bisher unterstellten Abtheilung im Invalidendepartement in die Stellung als Kommandeur des Landwehrbezirks Hannover ist lediglich in äußeren Umständen begründet.

Der im Vancement hinter dem Generalleutnant von Spitz stehende Generalleutnant von Jena ist als General der Infanterie zum Gouverneur von Straßburg ernannt; Generalleutnant von Aignitz, der gleichfalls ein jüngeres Patent hat, ist zum General der Infanterie und kommandirenden General des 3. Armee-Korps ernannt. Die Stellung, welche General von Spitz im Kriegsministerium bisher bekleidete, ist nur für einen Divisionskommandeur, nicht für einen General der Infanterie bestimmt. Für die Frage aber, welche Verwendung im praktischen Dienst General von Spitz finden könnte, war der Umstand entscheidend, daß er fortgesetzt zweieinzig Jahre hindurch eine verbienende Thätigkeit ausschließlich im Kriegsministerium geübt hat und so dem praktischen Dienste entzogen war. Außerdem ist er in den letzten Jahren wiederholt leidend gewesen. So ergab sich die Unthunlichkeit einer anderweitigen Verwendung an aktiver Stelle. Die Vererbung des Oberleutnants Fied aus der, diesem bisher unterstellten Abtheilung im Invalidendepartement in die Stellung als Kommandeur des Landwehrbezirks Hannover ist lediglich in äußeren Umständen begründet.

Die „National-Zeitung“ hält trotz dieser formalen Begründungen die Bedenken aufrecht, die es allgemein erregen muß, wenn Offiziere, welche als Anhänger der Reform gelten, aus dem Kriegsministerium scheiden angefaßt der Thatsache, daß die Neugegründung des Militärstrafverfahrens nicht vorwärts kommt. Der Kriegsminister hat, wie schon hervorgehoben, sein Verbleiben im Amte öffentlich von der Durchführung der Reform abhängig gemacht, und daß die übrigen Minister mit ihm einverstanden sind, haben die Vorgänge beim Ausscheiden des Herrn von Söller dargethan. Sollten gewisse Personen, die immer stärkere Beunruhigung hervorrufen, endgültig Erfolg haben, so müßten weitreichende Veränderungen in der Regierung eintreten.

Der Kommandeur der kaiserlichen Schutztruppe in Kamerun, Hauptmann v. Kamp, hatte, wie zur Zeit gemeldet wurde, vor mehreren Monaten mit dem größten Theile der Schutztruppe in Stärke von 160 Mann von Kribi aus einen Strafzug gegen den Vagabund gemacht, der Leute von der Saundestation weggeführt und aufgeführt, wie auch Unruhen bei nach Solodori hin angesettelt hatte. Hauptmann von Kamp war nach Neubungen, die im März eintrafen, bis zur Saundestation gelangt und hatte die Verkehrsstroße bis dahin wieder freigemacht. Wie nun jetzt nach den „Berl. N. N.“ verlautet, ist die Truppe mit ihrem Kommandeur wieder auf dem Rückwege nach der Küste und der Lieutenant Dominik ist zum Leiter der Saundestation ernannt worden. Dieser wurde Ende 1893 a la suite des 2. Grenadier-Regiments Nr. 12 gestellt und zum Auswärtigen Amte kommandirt, dann ging er mit Hauptmann Morgen nach Egypten zur Unterwerfung von Subanen und kam im Frühjahr 1894 mit diesen nach Kamerun. Dort machte er im Juni den Zug des Hauptmanns Morgen gegen die Miangen im Abolande mit und begleitete im Herbst die Expedition des Mittelmeers Freiherrn von Sietzen gegen die Daksos. Damals schon wurde er mit der Verwaltung der Saund-Station betraut. Ein Unwille unterbrach diese Thätigkeit. Lieutenant Dominik erhielt für seine Thätigkeit dabei den Rothen Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern. Bemerkenswerth ist, daß Lieutenant Dominik zum Chef der Saund-Station ernannt worden ist, obwohl er nicht zur Schutztruppe gehört, sondern nur vom Auswärtigen Amte dahin gesandt ist. Daraus ist ersichtlich, wie die örtlichen

Verhältnisse ein Abgehen von der rein militärischen Ordnung verlangen.

Soeben ist der neueste Band von „Söbells Jahresberichten über die Veränderungen und Fortschritte im Militärwesen“, herausgegeben von dem Generalleutnant z. D. von Belet-Marbome (Verlag von G. S. Mittler u. Sohn) erschienen. Es ist leicht zu erkennen, daß die jüngst in der Presse aufgetauchten Erörterungen über die Einführung von Schnellfeuergeschützen bei der Artillerie hier ihren Ursprung haben. In der allgemeinen Erörterung über das Material der Artillerie bei den europäischen Heeren bemerkt der Jahresbericht:

„Im Vordergrund des Interesses steht die künftige Bewaffnung der Feldartillerie. Es war ursprünglich die Frage, ob man bei Annahme eines neuen Systems den Werth auf eine hervorragende Steigerung der Geschwindigkeit legen würde, oder ob die Feuergewindigkeit als der besonders zu begünstigende Faktor erscheinen sollte. Im Allgemeinen hat es den Anschein, als ob die Lösung im letzteren Sinne vorzuziehen, womit eine gewisse, in engeren Grenzen liegende Erhöhung der Geschwindigkeit nicht ausgeschlossen ist. Keinesfalls kann aber letztere sehr erheblich werden, da die andere Rücksicht in der Kastirung Forderungen stellt, die sich mit bedeutendem Nachstoß nicht vertragen. Es hat nach Vorgängen, die ungeachtet der meist strengen Geheimhaltung der Veruche allgemein bekannt geworden sind, die größte Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich dem entschiedenen Schnellfeuergeschütz den Vorzug geben wird. Nachland hat zunächst eine Art Uebergangsstadium gewählt, das indeß nicht von langer Dauer sein kann; auch hier ist ein entscheidender Werth auf die Feuergewindigkeit gelegt. Auch Oesterreich-Ungarn zieht das Schnellfeuergeschütz in erste Erwägung, in Italien sind es nur der Zeitpunkt und die politische Lage, welche einen Fortschritt auf dem Gebiet hemmen, die prinzipielle Anerkennung jener Konstruktion als derjenigen der Zukunft ist aber erfolgt. Die Schweiz und Nordamerika schenken den Versuchen mit Schnellfeuergeschützen gleichfalls Interesse. Im Allgemeinen ist anzunehmen, daß mit dem Uebergang zum Schnellfeuergeschütz eine Kaliberverminderung verbunden sein wird, doch nur in solchen Grenzen, daß die Wirkung im Felde noch beobachtungs-fähig bleibt. Unter 6 bis 6,5 Kal. Geschösgewicht wird man schwerlich herabgehen, wobei schon eine Einbuße an Schrapnelwirkung des einzelnen Schusses in Kauf zu nehmen ist. In den Geschösgeschwindigkeiten werden 600 M. vielleicht hier und da erreicht, jedenfalls nicht überschritten werden.“

Im dem Artikel über die Bewaffnung der französischen Artillerie liest man:

„Die Feldartillerie hat zwei verschiedene Kaliber von Kanonen, die 80 Millimeter-Kanone für reitende Batterien und einzelne fahrende in der Alpen-Region und im Kolonialgebiet, die 90 Millimeter-Kanone für die fahrenden Batterien, beide C 77, ferner für einzelne Batterien die kurze 120 Millimeter-Kanone C 91, dem Charakter nach als 12 Zentimeter-Schnellfeuerhaubitze zu bezeichnen. Die endgültige Einstellung des letzteren Geschözes ist erst 1895 erfolgt. Ueber die Einstellung von 120 Millimeter-Kanonen in der Feldartillerie und die vorhergegangenen Veruche bei zwei Batterien ist in dem Bericht für 1894 bereits kurze Mittheilung gemacht. Es ist jetzt ein Regiment über die Bedienung dieses Geschözes erschienen. Die ersten Mittheilungen über das Technische des Geschözes fanden sich in „Leçons d'artillerie“ von Girardon (Paris 1895). . . Im Bericht für 1894 ist der in die Presse gebrungenen Gerüchte über das den Versuchen unterliegenden Schnellfeuer-Feldgeschöz von 75 Millimeter Kaliber gedacht worden. Ein solches Geschöz ist am 24. Juli 1895 dem Präsidenten der Republik im Lager von Châlons vorgeführt worden. Die damit ausgerüstete Versuchs-Batterie soll Glanzendes geleistet haben. Man sprach von 7 bis 10 gerichteten Schuß in der Minute. — Jedenfalls verfügt man über ein fertiges Modell, doch scheint noch keine Forderung zur Massenbeschaffung vorzuliegen.“

Der Reichstags-Verhandlungen der letzten Tage hat der § 120 e Absatz 3 der Gewerbeordnung zu Grunde gelegen. Es dürfte deshalb von Interesse sein, auf die Entstehungsgeschichte desselben einzugehen. Der Bundesrat hatte beinahe schon vor der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 Vorarbeiten über die Länge der Arbeitszeit auf Grund des § 120 e erlassen, wie die auch jetzt noch gültigen Bestimmungen über Meißelarbeiten und Bleichfabriken beweisen. Es waren die dabei in Betracht kommenden Gewerbezweige jedoch nur solche, in denen besondere Betriebsgefahren vorkommen. Da indessen aus den Berichten der Fabrikationsbeamten hervorging, daß auch in andern Gewerbezweigen übermäßige tägliche Arbeitszeit üblich seien, die gesundheitsgefährlich wirken, so wurde von den verbundenen Regierungen in der dem Reichstage vorgelegten Gewerbeordnungsnovelle eine Fassung des § 120 e Abs. 3 vorgelegt, wonach ermöglicht werden sollte, durch Bundesratsbeschuß für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, die Dauer der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben. Kam eine andere in der Novelle enthaltene Fassung mit weniger Anlaß zur Erörterung gegeben, als diese. Auch in der zur Vorberatung der Novelle eingesetzte gemeinsamen Kommission ist gegen dieselbe nur schwacher Widerstand laut geworden. Es wurden ebenso wie gegen die Ausdehnung der Sonntagsruhe durch kaiserliche Verordnung Bedenken laut, irgenwelche Folge durch Stellung von Anträgen wurde indessen denselben nicht gegeben. So wäre denn der § 120 e Absatz 3 in der Fassung der verbundenen Regierungen Gesetz geworden, wenn nicht bei der dritten Lesung im Plenum ein Änderungsantrag erschienen wäre. Dieser wurde angenommen und ist die heute gültige gesetzliche Bestimmung. Er unterscheidet sich von der Regierungsvorlage dadurch, daß dem Bundesrat noch ausdrücklich die Befugnis gegeben wurde, nicht bloß die Dauer der Arbeitszeit, sondern auch Anfang und Ende derselben vorzuschreiben und, was ziemlich selbstverständlich war, die für Durchführung der betreffenden Vorschriften erforderlichen Anordnungen zu erlassen. Der Antrag war von Vertretern

fämlicher Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, unterzeichnet und hat wohl bei der endgültigen Abstimmung eine Mehrheit auf sich vereinigt, wie kaum ein anderer Änderungsantrag. Es ist also der Reichstag in seiner weitaus überwiegenden Mehrheit gegenwärtig, welcher den Vorkauf des § 120 e Abs. 3 festgesetzt hat. Bundesrat und Reichstag waren in der Bekämpfung der übermäßigen Arbeitszeit auf dem in Rede stehenden Wege völlig einig.

Zu den Vorgängen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Mittwoch schreibt die „Nat.-lib. Korr.“:

„Die „Kreuztg.“ sucht den Eindruck des Protestes der Nationalliberalen gegen das Verhalten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei der Beratung der Schulgesetz-Resolution mit Nebenarten abzuwägen, auf die zu erwidern, Zeitvergehung wäre. Da das Blatt aber auch die Thatsache der Vergewaltigung zu eskamotieren hofft, indem es schreibt: „Herr Dr. Friedberg wäre zum Worte gekommen, wenn er seinen ursprünglichen Platz hinter seinem Fraktionsgenossen Hübner beibehalten hätte“, so wollen wir doch bemerken, daß in diesen Worten das Eingeklinkelnde dessen liegt, was abgeleugnet werden will. Der Abgeordnete Hübner war der erste Redner, den Nationalliberalen war also von der Mehrheit zugehört, nur vor der Begründung des konservativen Antrags durch Herrn Bartels oder gar nicht zu reden.“

Zum Kapitel der Duell- und Ehrengerichte wird der „Freis. Ztg.“ aus Westdeutschland „von authentischer Seite“ geschrieben:

„Ein Gerichtsassessor hatte in einer Strafsache von den drei Angeklagten gelagt, sie hätten sich, indem sie über den Angeklagten hergefallen seien, nicht gentlemanlike benommen. Einer der Angeklagten war Referendarius, er forderte den Gerichtsassessor (ebenfalls Referendarius) auf Wiltten, dieser lehnte ab, weil er in seinem Amt gehandelt, ihm anvertraute Interessen gewahrt habe und darüber sich nicht zu schämen brauche. Der Ehrengericht des Offizierskorps ersuchte den Gerichtsassessor, die Forderung anzunehmen, und als dieser seinen prinzipiellen Standpunkt festhielt, wurde er vor das Ehrengericht gestellt, das ihn, weil er der Weisung des Ehrengerichts nicht Folge geleistet habe“, mit schlichtem Abschied entließ. Dieses Urtheil wurde bestätigt.“

Kaisersruhe, 23. April. Bei der heutigen Bürger-Anschuß-Wahl für die zweite Klasse siegte die Liste der nationalliberalen Partei. Abgegeben wurden insgesamt von den Nationalliberalen 829, von den Ultramontanen und Freikämmlern 350 und von der Arbeiterpartei 21 Stimmen. Wahlberechtigt waren im Ganzen 1758 Personen.

Straßburg i. Elz., 23. April. Der Landesausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution an: Der Landesausschuß richtet an die Regierung das Ersuchen, dahin zu wirken, daß das Reichsgesetz betr. den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 in Elsaß-Lothringen nicht eingeführt werde. Der Landesausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß in Elsaß-Lothringen hilfsbedürftig gewordenen Staatsangehörigen der Bundesstaaten unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit eine angemessene Unterstützung gewährt werde und zu diesem Zwecke ein entsprechender Kredit in den Landeshaushaltsplan eingestellt werde. Ferner brachten mehrere Abgeordnete Klagen darüber vor, daß die Reichsfinanzverwaltung vollständige Abneigung befunde, die kleinen Nebenbahnen auszubauen, welche für die Bewohner der betr. Gegenden von großer Wichtigkeit seien. Staatssekretär von Puttkamer gab die Berechtigung dieser Klage zu und legte den Reichstagsabgeordneten nahe, in Berlin die berechtigten Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Oesterreich-Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus verhandelte gestern über den Bericht des Munizipalitätsausschusses, betr. den Befehl des Kommandanten der Ludovika-Akademie, welcher den Offizieren das Erscheinen auf der Gallerie des Abgeordnetenhauses während der Verhandlungen über das Sonntagsruhe unterlagte. Der Berichterstatter Strajcsch theilte dem Hause den Beschluß des Ausschusses mit, nach welchem derselbe in dem Befehle nach den Erklärungen des Bundesministers keine Verletzung der Immunität der Abgeordneten erblickt. Abgeordneter Bodossy (Nationalpartei) erklärte, der Befehl, für welchen der Minister die Verantwortung übernommen habe, sei eine Kritik der Thätigkeit der Opposition; zu einer solchen Kritik besitze der Minister keine Kompetenz. Der Befehl sei eine Verletzung der Opposition vor der Bundesversammlung. Redner brachte einen Beschlussesantrag ein, welcher die Mißbilligung der Verordnung des Bundesministers seitens des Hauses ausspricht. Abg. Olaj (äußerste Linke) erklärte die Souveränität des Hauses durch den Befehl für kompromittirt und empfahl die Annahme des Antrages mit einem Zusatz, welcher das Vorgehen des Bundesministers mißbilligt. Abg. Ugron erklärte in dem Borgehen des Ministers eine schwere Verletzung des Munizipalitätsrechtes des Abgeordnetenhauses und verlangte die Zurückziehung der Verordnung.

Niederlande.

Aus Batavia wird von gestern amtlich gemeldet: Auf Verlangen des Generals Weiter werden zwei Bataillone Infanterie sowie Abtheilungen Kavallerie, Bergartillerie und Genietruppen zum Zwecke der von ihm geplanten Operationen entsandt werden. Dies erscheint nach der gestrigen Meldung aus Amsterdam, daß sich auch die Bataks oder Batak erhoben haben, recht notwendig. Das betreffende Gebiet grenzt unmittelbar an Atjeh.

England.

London, 23. April. In einem Leitartikel über die Rede, die Chamberlain im Londoner Konstitutional-Klub am Mittwoch gehalten hat, betont „Globe“ die Wichtigkeit der Erklärung, daß England keine fremde Einmischung in Transvaal dulden werde. Das Blatt hofft, diese freimüthige Erklärung werde in Berlin gehörig gewürdigt werden; sie bedeute, daß, ob nun ein geheimer Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten bestünde oder nicht, jede direkte Einmischung Deutschlands einen casus belli bilden

würde. Keine Stelle in der Rede habe einen solch stürmischen Beifall hervorgerufen als die erwähnte Erklärung, die Regierung dürfe auf die vollste nationale Billigung und Unterstützung jeder Handlungsweise zählen, die möglicherweise notwendig werden dürfe. Von Aufhebung oder Abänderung der Londoner Konvention mit Transvaal könne niemals die Rede sein, da England dann nicht länger die oberste Macht südlich vom Jambesi sein würde und ein Windstich zwischen der südafrikanischen Republik und dem deutschen Reich unvermeidlich folgen würde.

Soweit der „Globe“. In maßgebenden politischen Kreisen wird angenommen, Chamberlains Erklärungen seien gleichbedeutend mit einem Abbruch der Verhandlungen zwischen England und Transvaal.

London, 23. April. Unterhaus. Bei der Beratung der Budget-Resolutionen erklärt der Anwalt der Schatzkammer Hids Beach, er bezüglige nicht den Aufkauf von Konfols zum Kourse von 114 für die Schuldeinlösung. Er habe Weisungen erlassen, welche bewirken sollen, daß die Regierung auf dem Markt nicht als Konkurrent für Konfols aufträte. Für das kommende Jahr seien keine großen Ausgaben für Egypten oder Südafrika veranschlagt. Die Kosten der Operationen in Südafrika würden von der Chartered-Company getragen; er wisse auch nichts von großen militärischen Vorbereitungen für Operationen im Sudan. Dagegen fragt, ob die gestrige Rede Chamberlains korrekt berichtet wenn es darin heißt, die Verwaltung Transvaals sei mangelhaft und verderbt, und ob Angesichts des großen Einbruchs, den diese Erklärung in England und Südafrika mache, das Haus halb Gelegenheit haben werde, die südafrikanische Frage zu beraten. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erwidert, die erwähnte Bemerkung beziehe sich auf Verhältnisse und Thatsachen, die seit länger Zeit allgemein bekannt seien, bilde daher keinen Grund für die Dringlichkeit der Beratung. Obgleich die Regierung den jetzigen Zeitpunkt nicht für besonders geeignet für die Beratung halte, sei sie bereit, diese anzuberaumen, falls ein allgemeiner Wunsch dafür vorhanden wäre. Er habe die Nachricht erhalten, daß die Antwort des Präsidenten sträger auf die Einladung nach England zu kommen, unterwegs sei. Sobald die Antwort eingetroffen sei, werde die Regierung die Lage erwägen und wahrscheinlich den ganzen Schriftwechsel vorlegen. Es sei am besten, die Beratung zu vertagen, bis das Haus den Schriftwechsel in Händen habe.

Rußland.

Petersburg, 23. April. Dem Finanzministerium nachstehende Persönlichkeiten erklären, bei der in der ausländischen Presse vielbesprochenen Zusammenfügung einer Kommission, angeht zur Prüfung des Handelsvertrages mit Deutschland, handle es sich lediglich um eine Kommission zur Prüfung der von den russischen Exporteuren geführten Klagen wie auch mehrfach falscher Auslegungen einzelner Paragraphen des Handelsvertrages von Seiten deutscher Einfuhrhändler. Die Wünsche und Klagen würden geprüft und wenn als berechtigt erfinden, die Auffassung der russischen Regierung der deutschen übermittel werden, wie diese schon häufiger ihrerseits der russischen Regierung mit Wünschen und Klagen nahe getreten sei. Da die in diesen Fällen bei den bestehenden guten Beziehungen und dem gegenseitigen Entgegenkommen entfallenden Zweifel glatt beseitigt und die als berechtigten anerkannten Forderungen anstandslos zugestanden seien, so dürfe man einer gleich entgegenkommenden Behandlung der berechtigten russischen Wünsche von Seiten Deutschlands entgegensehen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. April. Handelsminister von Verlesch hat gestern im Reichstage ausdrücklich erklärt, daß die Maßregeln gegen die nach unrichtiger Ausdeutung der Arbeitskräfte im Handelsgewerbe Gegenstand der Beschlußfassung des Reichstages sein müßten. Die „Lib. Korr.“ bemerkt hierzu, daß demnach der Absatz von Waren in Stettin nicht auf dem Wege einer Verordnung des Bundesrats des Gewerbetreibenden aufgedrängt werden könne. Im Reichstage aber dürfte der Nachschuß keine Mehrheit finden.

Ueber die Bauplätze und Umsätze neuer läßt sich die dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift über das kommunalabgabengesetz in folgender Weise aus: Diese Steuer hat bisher nur eine äußerst geringe Verbreitung gefunden. Ihr Aufkommen in allen Städten ist nur auf 1 064 958 Mark veranschlagt, wovon 1 Million auf Berlin entfällt. Außer in Berlin ist sie nur in 9 Städten mit mehr und in 33 Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern eingeführt. Auf dem platten Lande wird sie nur in 3 Borsorten von Berlin, 1 Borsort von Posen und in der Gemeinde Nordbarn erhoben. Der Grund für die geringe Verbreitung der Bauplätze liegt nach der Denkschrift wohl in der Bestimmung, die sie im kommunalabgabengesetz erhalten hat. Die Gemeinden erachten es zumeist für überhaupt nicht oder doch für sehr schwer durchführbar, den durch die Festsetzung von Bauplätzen eingetretenen Mehrerwerb festzustellen, der nach § 27 des kommunalabgabengesetzes allein den Maßstab der Besteuerung bilden darf. Im Gegensaß dazu hat die Steuer beim Erwerb von Grundstücken (Umsatzsteuer) bei den Gemeinden und zwar nicht nur in den Städten einen großen Anklang gefunden. Es erwies sich sogar, aus einer den verschiedenen Grundbesitz inbegriffenden und die Befähigung der mündelbeteiligten Bevölkerung nehmenden Erörterung des Befähigungszusubringen, als geboten, den Gemeinde-Umsatzsteuern in zweifacher Hinsicht Schranken zu setzen und zwar durch Nichtzulassung eines Steuerfasses von mehr als 1 v. H. und indem eines höheren Steuerfasses für Gebaute als für unbebaute Grundstücke. Die Zahl der Städte, die Umsatzsteuern erheben, beträgt 239, die der Landgemeinden 359; letztere befinden sich hauptsächlich in der Umgebung großer Städte und in industriellen Gegenden.

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufs-gesellschaften hielt am 21. April unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten

